Saarlouis, Donnerstag, 26. Auguſt 1920.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues und das angrenzende Lothringen.

Vierteljährl. Bezugspreis 12 Mk. Mit Poſtbeſtellgeld 12.90 Mk. Zeilenpreiſe für Kreiseingeſeſſene a) für Anzeigen 50 Pfg., b) für Reklamen 1,— Mk. zuzüglich 20% Teuerungszuſchlag; für auswärtige ſowie amtliche und finanzielle Anzeigen die Zeile 55 Pfg. zuzüglich 20% Teuerungszuſchlag.

Nr. 187
49. Jahrgang.

Erſcheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Beſtellungen nehmen an alle Poſtanſtalten. — In Saarlouis die Geſchäftsſtelle: Gefängnisſtraße Nr. 6. Telegramm-Adreſſe: Saar-Zeitung. — Fernſprecher: Expedition Nr. 2. Redaktion Nr. 82. Poſtfach 89.

Im Falle höherer Gewalt Störungen im Betrieb, hat der Bezieher keinen Anſpruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung.

Beſtellungen
auf die
„Saar-Zeitung"
werden fortgeſetzt von den Poſtanſtalten und unſeren Vertretern entgegengenommen

Verkehrsweſen u. Wiederaufbau.

Die heutige weſentlich verminderte Leiſtungsfähigkeit unſerer Volkswirtſchaft beruht nicht zuletzt auf der Zerrüttung des deutſchen Verkehrsweſens durch Krieg und Revolution. Die Urſachen hinwiederum der Verkehrsnot ſind die allgemein geſunkene Arbeitsleiſtung, der heruntergewirtſchaftete geſamte Betriebsapparat und im einzelnen vielfach der Mangel an betriebsfähigen Lokomotiven und an guter Dienſtkohle. Zwar hatten wir Ende März 1920 insgeſamt 29 716 Lokomotiven gegenüber 27 932 Ende Juli 1914. Während aber damals von dieſen 22 581 betriebsfähig waren, waren es zum erſtgenannten Termin nur 15 800. Oder anders ausgedrückt: Der Reparaturſtand ſtieg von 19,1 Prozent auf 44,1 Prozent. Schwer gelitten hat insbeſondere auch der bauliche Zuſtand des Schienenweges. Hier fehlt es vielfach an genügenden Schienen und Schwellen. Dieſe zu beſchaffen iſt eine Material- und Finanzfrage. Heute beträgt die Ausbeſſerung der Hauptgleiſe nur noch 1 Prozent gegen jährlich 5 Prozent im Frieden.

Beſonders ungünſtig liegen die Dinge für die Binnenſchiffahrt. Hier iſt nun vor kurzem durch das Entgegenkommen der Arbeiterſchaft ein Schritt getan worden, der eine nachhaltige Verbeſſerung der Beförderungsmöglichkeiten auf dem Waſſerwege bedeuten wird. Ausgangspunkt für dieſen Schritt war die Bereitwilligkeit der Bergleute, durch Leiſtung von Ueberarbeit eine erhöhte Kohlenmenge zu fördern. Der tatſächlichen Mehrförderung mußte auf der andern Seite auch eine ſtarke Mehrbeförderung entſprechen. Ende Juni haben ſich nun in einem Uebereinkommen zwiſchen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganiſationen der rheiniſchen Binnenſchiffahrt in Mannheim die Arbeitnehmer verpflichtet, während der Beförderung von Kohle täglich zwei Stunden Ueberarbeit über den Achtſtundentag zu leiſten. Außer der tariflich feſtgelegten Entſchädigung erhalten die Schiffer dafür gleich den Ruhrbergleuten eine Sonderzulage von vier Pfund Speck zu ermäßigten Preiſen. Die Bereitwilligkeit der Rheinſchiffer hat ſomit eine Vorausſetzung der Ruhrbergleute erfüllt, und ſo hat vor allem der Kohlennot Süddeutſchlands Rechnung getragen, deren Größe man ermeſſen kann, wenn man erfährt, daß Süddeutſchland bisher nur ein Sechſtel ſeines Kohlenbedarfs erhalten konnte. Eine tägliche Mehrarbeit von zwei Stunden macht bei ſechs Arbeitstagen zwölf Wochenſtunden aus, oder mehr als einen ganzen Arbeitstag in der Woche. Das bedeutet eine Beſchleunigung des Kahnumlaufs, der allein helfen kann, da wir vorerſt an eine Vermehrung der Schleppkähne nicht denken können, und dieſe beſſere Ausnutzung des Kahnraums ermöglicht die reichlichere Belieferung Süddeutſchlands und ſeiner Induſtrien mit Kohle. Sollte ſich, wenn ſich die Elb- und Oderſchiffer dem Beiſpiel ihrer Kollegen von Rhein und Ruhr anſchließen würden, ein ähnliches Ergebnis nicht auch für Norddeutſchland erzielen laſſen? Und liegen ähnliche Gedanken nicht auch für den Eiſenbahnbetrieb nahe, um hier das rollende Material ebenfalls beſſer zur Geltung kommen zu laſſen, wo hier im Güterverkehr z. B. 1919 gegen 1913 42 v. H. weniger Wagen geſtellt wurden?

Für die Großſtädte ſpiegelt ſich die üble Lage des Verkehrsweſens in der Not der Straßenbahnen wieder. Der Arbeitgeberverband der Deutſchen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateiſenbahnen hat dieſer Tage an die Magiſtrate und Stadtverordnetenverſammlungen der Städte Deutſchlands einen Notſchrei gerichtet, in welchem er darauf hinweiſt, daß die deutſchen Straßenbahnen dicht vor ihrem wirtſchaftlichen Zuſammenbruch ſtehen. Der Grund hierfür liegt, abgeſehen von der Einſchränkung der Arbeitszeit, vor allem in den hohen durch die Teuerung bedingten Arbeitslöhnen. Beim Straßenbahnbetrieb iſt das Lohnkonto der wichtigſte Faktor der Wirtſchaftsrechnung. Wie bedenklich es um die Wirtſchaftslage vieler Straßenbahnen beſtellt iſt, geht daraus hervor, daß in einer Reihe von Städten namentlich Mitteldeutſchlands der Straßenbahnbetrieb bereits eingeſtellt worden iſt. Darüber hinaus haben andere Städte eine Einſtellung des Straßenbahnbetriebes in Ausſicht genommen. Was eine Einſtellung oder eine Einſchränkung des ſtädtiſchen Verkehrsweſens für die auf die Verwertung ihrer Arbeitskraft fernab von ihrer Wohnung angewieſenen zahlreichen Kreiſe der Arbeitnehmer bedeutet, braucht hier nur angedeutet zu werden. Da eine Deckung der Fehlbeträge der Straßenbahnen durch Steuern untunlich iſt, kann hier auf die Dauer nur eine Herabminderung des Aufwandes helfen, was wiederum eine Senkung der Koſten für die Lebenshaltung zur ſelbſtverſtändlichen Vorausſetzung hat.

Soweit die Wiederherſtellung der Wirtſchaftlichkeit des Verkehrsweſens eine Perſonalfrage iſt, werden die Arbeitnehmer es auf die Dauer ſicherlich nicht daran fehlen laſſen, durch eine Hebung der Leiſtungen und eine Pflege der alten Tugenden der Gewiſſenhaftigkeit und des Pflichtbewußtſeins dazu beizutragen. Sie handeln dadurch vor allem auch im Intereſſe der ſozial weniger Gutgeſtellten, die mehr als alle andern Kreiſe der Bevölkerung unter dem Elend des Verkehrsweſens zu leiden haben.

Die Konferenz in Luzern.

Eine engliſch-italieniſche Kundgebung.

* Luzern, 23. Aug. Heute nachmittag begrüßte im Hotel National der engliſche und der italieniſche Miniſterpräſident die hier anweſenden ausländiſchen und ſchweizeriſchen Preſſevertreter. Ueber die Beſprechungen zwiſchen Lloyd George und Giolitti wird nach der Schweizeriſchen Depeſchenagentur folgendes Kommuniqué verbreitet:

Der Meinungsaustauſch zwiſchen Giolitti und Lloyd George hat ihre vollſtändige Uebereinſtimmung über die Notwendigkeit der Wiederherſtellung des Friedens in der ganzen Welt für einen möglichſt frühen Zeitpunkt dargetan. Vorher bleibe jedoch noch eine Reihe von bedeutenden Fragen zu erledigen. Bevor nicht der Friede zwiſchen Rußland und der übrigen Welt wieder hergeſtellt wird, wird immer eine Atmoſphäre von Störungen die Ruhe der Welt weiter bedrohen. Aus dieſem Grund haben die britiſche und die italieniſche Regierung Schritte unternommen, um eine Verbindung zwiſchen Rußland und der übrigen Welt herzuſtellen. Es iſt deshalb tief zu bedauern, daß die Sowjetregierung trotz wiederholter gegenteiliger Verſicherungen getrachtet hat, Polen Bedingungen aufzuzwingen, die nicht vereinbar ſind mit deſſen nationaler Unabhängigkeit. Die Sowjetregierung hat einen Vorſchlag der britiſchen Regierung zurückgewieſen, einen Waffenſtillſtand unter Bedingungen abzuſchließen, welche das ruſſiſche Gebiet gegen jeden Angriff ſichergeſtellt hätten. Wenn die Sowjetregierung auf der Verweigerung dieſes Vorſchlages beſteht, ſo wird es keiner freien Regierung möglich ſein, mit ihr zu verhandeln.

Die Welt im Oſten und Weſten ſchreit nach Frieden, aber der Frieden iſt nur möglich auf der Baſis der vollkommenen Anerkennung der Freiheit der Nationen. Die italieniſche und die engliſche Regierung ſind beunruhigt durch die unbegrenzte Verlängerung des gegenwärtigen Konfliktszuſtandes zwiſchen den Nationen. Den betreffenden Völkern können dieſe Zuſtände nichts anderes als immer wachſendes Elend bringen. Für die Völker der Welt im allgemeinen bringen ſie beſtändige Unruhe. Bevor dieſe Konflikte nicht aufhören, iſt keine Entwicklung für Landwirtſchaft und Induſtrie möglich. Der Austauſch der Erzeugniſſe der Länder kann ſich nicht frei entwickeln infolge der hohen Preiſe. Angeſichts der Gefahren, die eine Einſchränkung dieſes Austauſches mit ſich bringt, wird die Ziviliſation, die durch die fünf Kriegsjahre geſchwächt iſt, weiterhin erſchüttert. Die britiſche und die italieniſche Regierung ſind daher einig, daß alle Anſtrengungen gemacht werden ſollen, um die gegenwärtigen Gegenſätze zwiſchen den Völkern zu beſeitigen.

Nach einer weiteren amtlichen Mitteilung haben Lloyd George und Giolitti der franzöſiſchen Regierung eine gemeinſame Aktion der Alliierten vorgeſchlagen, die Polen die vollen aus dem Vertrag von Verſailles ſich ergebenden Rechte betreffend den freien Gebrauch und die unbeſchränkte Benutzung des Hafens von Danzig und ſeiner Verbindungslinien ſichere.

Montag nachmittag fand im Hotel National durch den engliſchen und den italieniſchen Miniſterpräſidenten eine Begrüßung der hier anweſenden ausländiſchen und ſchweizeriſchen Preſſevertreter ſtatt. Auf die Frage, ob Lloyd George im September bei der Beſprechung zwiſchen Giolitti und Millerand (in Aix-les-Bains) zugegen ſein werde, antwortete dieſer: Wahrſcheinlich. Ueber die Danziger Verkehrshinderniſſe befragt, antwortete Lloyd George, daß eine ſolche Unterbindung des freien Durchgangs ein indirekter Bruch des Verſailler Vertrages ſein würde. Der Streik der dieſen Verkehr ausübenden Arbeiter ſei als ein feindſeliger Akt aufzufaſſen. Der Vertrag von Verſailles müſſe auch da reſpektiert werden. Lebensmittel und Munitionsvorräte für Polen müßten über Danzig befördert werden. Der Hafen gehöre zu dem Polen im Friedensvertrag zugewieſenen freien Korridor. Auf eine telegraphiſche Anfrage ſei die Antwort gekommen, daß in Danzig keine Schiffe angehalten werden. Auf eine Frage über die Stellung Englands zu General Wrangel meinte Lloyd George lächelnd, England überlaſſe den General den Franzoſen.

Auf die Schlußfrage, ob eine Beſprechung mit den deutſchen Regierungsvertretern ſtattgefunden habe, ſagte Lloyd George: weder direkt noch indirekt.

* Paris, 24. Aug. Die engliſche Botſchaft hat dem Miniſter des Aeußern offiziell den Text des Kommuniqués über die Zuſammenkunft Lloyd Georges und Giolittis in Luzern bekannt gegeben. Daraufhin übergab der Miniſter des Aeußern der engliſchen Botſchaft folgende Note: „Die franzöſiſche Regierung dankt der engliſchen und italieniſchen Regierung für die gemachte Mitteilung. Sie freut ſich, feſtſtellen zu können, daß in den gepflogenen Unterhandlungen nichts enthalten iſt, was nicht übereinſtimmte mit den Prinzipien, die ſie ſtets befolgt hat."

Funkſpruch nach Moskau.

tz. Bern, 24. Aug. Wie die Schweizeriſche Depeſchenagentur erfährt, wurde das geſtern in Luzern ausgegebene Kommuniqué auch nach Moskau gefunkt.

Der Eindruck in Paris.

* Paris, 24. Aug. Die Erklärungen, die nach der Beratung zwiſchen Giolitti und Lloyd George in Luzern veröffentlicht wurden, ſind heute vormittag dem franzöſiſchen Miniſterium für auswärtige Angelegenheiten durch den engliſchen Geſchäftsträger amtlich zur Kenntnis gebracht worden. Die franzöſiſche Regierung hat darauf in einer Note zum Ausdruck gebracht, daß ſie für die Mitteilungen dankt und glücklich ſei, feſtſtellen zu können, daß darin nichts enthalten ſei, was mit den Abſichten und den Grundſätzen, die ſie ſtets vertreten habe, in Widerſpruch ſtehe. Miniſterpräſident Millerand hat auf das freundliche Telegramm der beiden verbündeten Miniſterpräſidenten ebenſo freundlich geantwortet und ſich zu einer Zuſammenkunft, die beabſichtigt ſei, bereit erklärt. Wenn man die Stimmung ins Auge faßt, die die Erklärungen von Luzern ausgelöſt haben, kommt man zu der Ueberzeugung, daß in Paris eine Befriedigung darüber herrſcht, daß offenbar die Erhaltung des polniſchen Staates, wie er im Friedensvertrag von Verſailles feſtgelegt wurde, ſowohl von der italieniſchen als auch von der engliſchen Regierung ins Auge gefaßt iſt. Namentlich über die Löſung der Frage von Danzig zeigt ſich eine allgemeine Zuſtimmung, wenn man auch zugeſtehen muß, daß vielleicht abſichtlich die Bedeutung der Luzerner Erklärungen über dieſen Punkt übertrieben wird. Es lag ſicher nicht in der Abſicht des engliſchen Oberkommiſſars von Danzig, die Ein- und Ausfuhr für Polen über den Hafen von Danzig irgendwie zu beſchränken, er wollte lediglich der Stimmung der deutſchen Bevölkerung des Freiſtaats Rechnung tragen und hat deshalb geglaubt, die Ruhe nur dann aufrechterhalten zu können, wenn er die Durchfuhr von Kriegsmaterial durch den Korridor verhindere. Inzwiſchen haben die Verbündeten anders entſchieden, und man darf erwarten, daß die Entwicklung der Verhältniſſe ſich ſo raſch vollziehen wird, daß die Maßnahmen, die von Luzern aus vorgeſchlagen werden, nicht mehr durchgeführt werden müſſen.

Preſſeſtimmen.

Die Betrachtungen, die der Temps und das Journal des Débats über die Erklärungen von Lloyd George und Giolitti anſtellen, ſind um ſo mehr zu begrüßen, als ſie in einem überaus ruhigen und ſachlichen Ton gehalten ſind und ſich fernhalten von all den Beſchuldigungen, die in den letzten Wochen, ſeitdem der polniſch-ruſſiſche Zwiſchenfall Europa beſchäftigt, gegen Deutſchland ausgeſprochen wurden. Vielleicht hat man mittlerweile eingeſehen, daß die feierliche Erklärung der deutſchen Regierung, ſie beabſichtige ſtrikte Neutralität in dem Konflikt zu bewahren, mehr war als eine beabſichtigte Täuſchung und als eine Begünſtigung der militäriſchen und politiſchen Unternehmungen der Moskauer Regierung. Am meiſten ſcheint die Bemerkung der Luzerner Erklärung, daß der Friede Europas auf der Grundlage der abgeſchloſſenen Friedensverträge ſichergeſtellt werden müſſe, gewirkt zu haben. Wenig befriedigt aber ſcheint man davon zu ſein, daß die beiden Staatsmänner durch die Bemerkung, die Sieger müßten Mäßigung zeigen, haben zum Ausdruck bringen wollen, daß man dieſe Verträge interpretieren müſſe, damit ſie dazu führen, den wirklichen Frieden in Europa wiederherzuſtellen. Sowohl der Temps wie das Journal des Débats glauben, Frankreich habe den Beweis dieſer Mäßigung in Spa gegeben. Das Journal des Débats aber glaubt betonen zu müſſen, daß Frankreich darüber hinaus nicht gehen könne, und der Temps endlich meint, die Koſten für dieſe Mäßigung dürften nicht immer nur von einer Macht verlangt werden.

Im übrigen aber entbehrt die Auslegung, die das amtliche Blatt von der Lage gibt, nicht einer gewiſſen Originalität. Es ſagt nämlich, wenn das unabhängige Polen verſchwunden wäre, wenn Deutſchland auf Hunderten von Kilometern in Kontakt mit Rußland gekommen wäre, was wäre dann aus dem Deutſchen Reich geworden? Der Temps iſt davon überzeugt, daß, indem Frankreich dafür gearbeitet habe, Polen zu retten, es auch die Deutſchen gerettet habe. Es ſei mehr als ein Beweis von Mäßigung, es ſei eine Wohltat. Das Blatt iſt der Anſicht, daß Deutſchland vielleicht den Sieg von Moskau gewiß hätte ertragen können, und daß die Nachbarſchaft des ſiegreichen Bolſchewismus ſchwere Erſchütterungen hervorgerufen haben würde. Deutſchland leide unter Arbeitsloſigkeit, unter der ungeheuren Vermehrung des Papiergeldes und unter andern materiellen und moraliſchen Gebrechen. Man könne ſich wohl fragen, ob ſeine Regierung imſtande geweſen wäre, alle dieſe Schwierigkeiten zu ertragen. Bei der Annäherung der Roten Armee würden ſich vielleicht ganz von ſelbſt gefährliche Allianzen gezeigt haben, die zu Streitigkeiten und Unruhen geführt hätten. Das Journal des Débats ſcheint die Luzerner Erklärung für etwas zu vorzeitig und für nicht genügend präziſe zu halten. Es ſpricht deshalb die Hoffnung aus, daß die beiden Staatsmänner des Verbandes nicht etwa unter ſich ein Programm verabredet hätten, vor das ſie Millerand in Aix-les-Bains bei der nächſten Zuſammenkunft zu ſtellen beabſichtigten.

Wohnungspolitik.

Von Civis.

Deutſchland iſt das Land der Städte. 1910 beſaß es 48 Großſtädte, hierin in der Welt nur wenig mehr von den Vereinigten Staaten (mit 50 Großſtädten) übertroffen. In dieſen Großſtädten lebt mehr als ein Fünftel der Bevölkerung des Reiches. Die Friedensſtärke des jährlichen Zuwachſes an Haushaltungen betrug im letzten Jahrzehnt vor 1914 200 000 bis 250 000. Im erſten Kriegsjahre wurden laut Statiſtik in 42 deutſchen Städten noch 6710 Häuſer mit 36 308 Wohnungen erbaut, im zweiten ſank die Ziffer faſt auf ein Drittel: 2708 Häuſer mit 14 334 Wohnungen. 1917 ſchlief die Bautätigkeit faſt völlig ein. In Hamburg entſtanden nur mehr 152 Neubauten, in Breslau 37, in Berlin-Schöneberg 21. Das letzte Jahr ſtand unter dem Zeichen der Umbauluſtigkeit. Die Furcht vor einem möglichen Staatsbankrott und vor dem Reichsnotopfer trieb zu Kapitalsanlagen in Grundbeſitz. Nun wird umgebaut. Neubauen iſt unerſchwinglich teuer.

Wohin ſoll das führen? In Frankfurt a. M. ſind zurzeit 30 000 Wohnungſuchende. In anderen Städten ſieht es nicht beſſer aus. In Wiesbaden hat die Stadt einige Hotels gekauft, um ſie für ihr ſchwellendes Beamtenheer zu Bureauzwecken umzubauen. Aber die Wohnungsverhältniſſe ſind troſtloſe.

Was wird dagegen getan?

Da ſind die Bauvereine. Durch die verhängnisvolle Vorliebe der Behörden, die ihnen zuſtehenden Pflichten auf das Vereinsweſen abzuwälzen, iſt hier ein Typus geſchaffen worden, der unter dem Deckmantel ſozialer Beſtrebungen nicht ſelten zu einem Schädling auswächſt. Manche Bauvereine entziehen dem privaten Vermieter von Kleinwohnungen gerade die für ihn in Betracht kommende Oberſchicht der minderbemittelten Kreiſe: die Kleinbeamten und die in feſten Lohnverhältniſſen ſtehenden Arbeiter. Dem Hausbeſitzer verbleibt jener Reſt von Mietern, bei dem man mit Mietausfällen, Räumungsprozeſſen, häufigem Mieterwechſel und damit verbundenem Mehraufwand für Wiederherſtellungen und ſonſtigen Unannehmlichkeiten beſtändig rechnen muß. Dabei hat der private Hausbeſitzer die ungleich größeren Bauplatz-, Straßen-, Kanalbaukoſten zu tragen, während den Bauvereinen ſeitens der Behörden alle nur erdenklichen Ermäßigungen gewährt werden. So konnte man ſchon vor dem Kriege beobachten, daß ſich private Bauunternehmer nicht mehr an die Herſtellung von Arbeiterhäuſern wagten, da ihnen die Bauvereine die beſten Mieter wegzogen. Fälle, die beſonders in kleineren Fabrikſtädten häufig waren. Hinzu kommt auch die ebenfalls durch die Vereinskonkurrenz hervorgerufene Zurückhaltung der Hypothekenbanken gegenüber dem Kleinwohnungsweſen.

Ein weiterer gefahrvoller Punkt iſt die übermäßige Entwicklung der großen Baugeſellſchaften, die durch den Großankauf der Bauſtoffe das Material verteuern und außerdem durch rein geſchäftsmäßige Induſtrialiſierung die Baukunſt zur Schablonenarbeit herabdrücken. Ganze Induſtrien ſind in den Händen der Großbaufirmen (Eiſenbeton, Zement, Ziegel), was notwendig zu einer Lahmlegung der privaten Bauunternehmen führen muß.

Aufgabe des Staates wäre es geweſen, die Entwicklung der Groß- und Kleinbetriebe auf einem gewiſſen Gleichgewicht zu erhalten. Es iſt verſäumt worden. Man hat es bei dem Wiederaufbau in Oſtpreußen erlebt, wie die Bauberatungsſtellen den größten Teil der Aufträge an ſich riſſen, wie zahlreiche tüchtige junge Architekten, die ihr Heil in Oſtpreußen ſuchten, enttäuſcht zurückkehrten, wie andere, die dort Arbeit fanden, einen hartnäckigen, aufreibenden Kampf wider kleinlichen Bürokratismus — Verzögerung der Baugenehmigung, Verweigerung der Materiallieferung ſeitens der „Bauſtoffgeſellſchaft", endloſe Hemmungen durch das Königsberger Bauberatungsamt — zu kämpfen hatten.

Was wir brauchen, iſt eine großzügige Wohnungspolitik. Es wäre ratſam, ihr ein Miniſterium einzurichten. Die Hauptaufgaben wären: Eine klug geleitete Gegenbewegung wider das überlebte Vereinsweſen — was eine Förderung von Bauvereinen, die auf idealer Baſis ſtehen, nicht ausſchließen würde — und wider die zwangsläufige Induſtrialiſierung ſeitens der Großbaugeſellſchaften. Förderung der Hypothekenſchutzbanken. Sicherung des Baumaterials für die kleinen Bauunternehmer durch Schutz der Kleinbetriebe, dem Handwerk freie Bahn und dem kleinen Hausbeſitzer Entlaſtung von kommunalen Ueberforderungen.

Der ruſſiſch-polniſche Krieg.

Polens Dank an Frankreich.

* Warſchau, 23. Aug. (Havas.) Die polniſche Regierung richtete an den General Weygand einen vom Vizepräſidenten des Miniſterrats, Daszinski, unterzeichneten Brief, in dem ſie dem „großen Vertreter des unſterblichen Ruhmes Frankreichs den Dank der polniſchen Herzen für die großzügige Haltung und ſeine wirkſame Hilfe in der Stunde der größten Gefahr, die die polniſche Nation bedrohte," geſchloſſen zum Ausdruck bringt.